

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Detlef Ehlebracht,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis, Peter Lorkowski (AfD)**

**Betr.: Vereinsrechtliche Verbotverfahren gegen das „Islamische Zentrum
Hamburg e.V.“**

Im Jahr 1966 öffnete in Hamburg erstmals die Imam-Ali-Moschee an der Außenalster ihre Türen. Als Teil des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), einer iranisch-schiitischen Institution, versteht sich das IZH seither als „offenes Gotteshaus, in dem Muslime aus allen Rechtsschulen und Herkunftsländern, aber ebenso auch Gläubige aus anderen Religionen und Wahrheitssuchende“¹ willkommen sind. Ferner erklärt das IZH, schon früh die Notwendigkeit und Bedeutung der Annäherung der Religionen erkannt sowie den gesellschaftlichen Diskurs zu einem besonderen Anliegen der islamischen Theologen in Deutschland gemacht zu haben.² Dieses ehrenwerte Ziel rief in Hamburg nachvollziehbarerweise positive Resonanz hervor. Nicht zufällig wurde das IZH 1981 sogar in die Feierlichkeiten des Evangelischen Kirchentags einbezogen, der damals in Anlehnung an die westdeutsche Friedensbewegung in der Hansestadt stattfand. Gemeinsam mit christlichen und jüdischen Aktivisten diskutierten Mitglieder des IZH dabei über bedeutsame Themen wie „Wege zu mehr Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt.“³ Dieses integrationsfördernde Engagement ließ in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, die Muslime des IZH seien in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Daran änderte sich auch in der Folgezeit nichts. Als das IZH am 19. September 1996 die Islamische Akademie Deutschland (IAD) gründete, erklärte ihr Schirmherr, der islamische Gelehrte Prof. Falaturi, der interreligiöse Dialog könne nur glücken, sofern es gelinge, sich für die Wahrheit des anderen zu öffnen. Darunter wollte er die Bereitschaft verstanden wissen, selbstkritisch und differenziert mit den eigenen Glaubensinhalten umzugehen und den Mut zu haben, die Fehlentwicklungen und Missinterpretationen in der Geschichte der eignen Religion kennenzulernen sowie die Ursachen hierfür zu erforschen.⁴ Dass ausgerechnet Falaturi eine solche Meinung vertrat, war kein Zufall. Als Leiter des Kölner Schulbuchprojekts, das sich mit „falschen Islamdarstellungen“ in deutschen Schulbüchern befasste und eng mit dem Braunschweiger Schulbuchinstitut zusammenarbeitete, hatte er dafür gesorgt, dass alle amtlichen deutschen Lehrbücher in der Zeit zwischen 1980 und 1990 von „antiislamischen Vorurteilen“ gereinigt wurden.⁵

Seither kommen führende IZH-Vertreter nicht umhin, sich bei jeder Gelegenheit zu den vielfältigen Religionen und Kulturen der Stadt Hamburg zu bekennen, wobei sie geflissentlich das besondere Potenzial dieser Vielfalt für den interreligiösen Dialog betonen. Darüber hinaus hat das IZH seine Absicht erklärt, in Kooperation mit religiö-

¹ Islam im Dialog. Die Blaue Moschee an der Alster: Mehr als 55 Jahre Dialog in Hamburg. Islamische Akademie Deutschland. Dialogabteilung. Seite 2.

² Ibidem.

³ Ibidem.

⁴ Ibidem Seite 4.

⁵ Ibidem Seite 11.

sen, akademischen, gesellschaftlichen und politischen Partnern zahlreiche Veranstaltungen, Seminare, Fachvorträge und Diskussionsrunden veranstalten zu wollen, wozu es die Teilnahme an interreligiösen Begegnungen ebenso zählt wie ein starkes Engagement für die Verständigung und das friedliche Zusammenleben in Hamburg, Deutschland und Europa.⁶

Man kann feststellen, dass die Öffentlichkeit sowie zahlreiche Vertreter aus Kirchen und der Politik diesen Bekenntnissen geglaubt haben. So konstatierte Pastor Axel Matyba 2015 in seiner damaligen Funktion als Mitglied des Referats Christlich-Islamischer Dialog: „Ich schätze den Dialog mit der Imam-Ali-Moschee und dem Islamischen Zentrum an der Außenalster. Er ist getragen von gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Lernen mit- und voneinander.“⁷ Die Ökonomiebeauftragte der Nordkirche, Pastorin Martina Severin-Kaiser, hingegen ist sich sicher: „Dialog meint zuerst aufeinander hören und dann voneinander lernen. Das Studium des Wortes der Islamischen Gelehrten „Ein gemeinsames Wort zwischen Uns und Euch“ bedeutete dabei einen Meilenstein.“⁸ Ähnlicher Ansicht ist auch Pastor Klaus-Georg Poehls von der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Blankenese. Er betont: „Im Dialog lernen wir die Positionen und Sichtweisen des Dialogpartners besser zu verstehen und davon zu profitieren. Zugleich geht es uns immer wieder um das Aufzeigen des Friedenspotentials unserer jeweiligen Religion, wobei Selbstkritik immer vor Fremdkritik kommt.“⁹

Worin die Auffassungen und Positionen des IZH im Einzelnen bestehen, hätten die genannten Personen erfahren können, wenn sie regelmäßig die Berichte des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz gelesen hätten. Bereits 2007 stellten die Staatsschützer fest: „Das IZH ist ein europaweit bedeutendes Verbindungszentrum zur Verbreitung des Gedankens der „Islamischen Revolution“ und damit der Vorstellungen von einem islamistischen Gesellschaftsmodell (...) In öffentlichen Verlautbarungen positioniert sich das IZH als eine tolerante Institution, die die Kooperation zwischen den Religionen hervorhebt (...) Es hat maßgeblichen Einfluss auf eine Vielzahl von Islamischen Zentren und Moscheen in Deutschland (...) Das IZH ist in zentralen islamischen Dachverbänden vertreten, um sich dort in führender Position seinen Einfluss zu sichern: In Hamburg im „Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“ (SCHURA), auf Bundesebene im „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD).“¹⁰

Dass das IZH die säkulare Trennung von Staat und Religion im Kern ablehnt, geht etwa aus Nummer 6 der eigenen Faltblattserie „Muslime im Dialog“ hervor, die in der 2006 veröffentlichten Broschüre „Das Islamische Zentrum Hamburg stellt sich vor“ explizit erwähnt wird. Darin stellt das IZH fest, dass Politik im Islam eine entscheidende Rolle spiele und Politik und Religion deshalb als eine Einheit zu sehen seien. Entscheidend ist die Aussage, die Welt werde gegenwärtig von „Strukturen wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung“ beherrscht. Zur Behebung dieses Missstandes empfiehlt das IZH revolutionäre Bewegungen, die sich gegenüber erzieherischen oder reformistischen Bewegungen bewährt hätten. In diesem Zusammenhang stellt das IZH fest: „In ihrem Kampf gegen die ungerechten Ordnungen scheuen sie (revolutionäre Bewegungen) keine Opfer, ihr Ideal einer gerechten Gesellschaft zu verwirklichen. Die Bewegungen aller Propheten sind revolutionär.“¹¹

Eine revolutionäre Gesinnung hat dem IZH auch die Bundesregierung attestiert. In der Beantwortung einer Schriftlichen Kleinen Anfrage vom 21. August 2017 gibt sie folgende Einschätzung zur politischen und ideologischen Ausrichtung des IZH ab: „Die inhaltlichen Positionen des IZH ergeben sich aus der Verbindung des IZH zur Islamischen Republik Iran, vor allem durch die vom „Büro des Revolutionsführers“ vorge-

⁶ Ibidem Seite 5.

⁷ Ibidem Seite 16.

⁸ Ibidem.

⁹ Ibidem Seite 17.

¹⁰ Confer Verfassungsschutzbericht Hamburg 2007. Seiten 27, 61, 63.

¹¹ Verfassungsschutzbericht Hamburg 2008. Seite 57.

nommene Entsendung des jeweiligen Leiters des IZH. Die Islamische Republik Iran erklärt in ihrer Verfassung den weltweiten „Export“ der iranischen Revolution zum Staatsziel.¹² Weiter heißt es: „Die Inhalte der Verfassung der Islamischen Republik Iran sind nicht mit den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vereinbar (...) Das IZH ist neben der Botschaft die wichtigste Vertretung der Islamischen Republik Iran in Deutschland und eines ihrer wichtigsten Propagandazentren in Europa. Mit Hilfe des IZH versucht das Regime der Islamischen Republik Iran, Schiiten verschiedener Nationalitäten an sich zu binden und die gesellschaftlichen, politischen und religiösen Grundwerte der Islamischen Revolution in Europa zu verbreiten (...) Auf personeller Ebene erfolgt eine generelle Einflussnahme Irans bereits durch die Auswahl des jeweiligen Leiters des IZH. Aufgrund der Stellung des Leiters des IZH als religiöser Vertreter Ali KHAMENEIs ist davon auszugehen, dass von staatlicher iranischer Seite eine finanzielle Unterstützung und inhaltliche Einflussnahme für das IZH erfolgt.“¹³

Während das IZH im interreligiösen Dialog fortwährend die Bedeutung von religiöser Vielfalt und Toleranz bekräftigt, nehmen zahlreiche seiner hochrangigen Vertreter regelmäßig am Al-Quds-Tag in Berlin teil, auf welchem gegen die israelische Besetzung Palästinas demonstriert wird. Dazu stellt der Hamburger Verfassungsschutz fest: „Am 02. Juli 2016 waren etwa 200 Personen aus Hamburg und der Metropolregion an der von insgesamt gut 800 Demonstranten besuchten Veranstaltung dabei, um ihren Protest gegen die Besetzung Jerusalems und ihre Solidarität mit den aus ihrer Sicht unterdrückten Palästinensern auszudrücken. Es gibt Belege für eine Beteiligung des IZH bei der Organisation und Durchführung der Veranstaltung; so war im Juli 2016 auch ein hochrangiger Funktionär aus dem IZH-Umfeld unter den Teilnehmern.“¹⁴ Da es die Bürgerschaft – wie in Drs. 21/10476 verlangt – bislang abgelehnt hat, das IZH aufgrund derartiger Verfehlungen zu sanktionieren, haben sich seine Funktionäre 2017 erneut am Al-Quds-Tag beteiligt, was auch im Verfassungsschutzbericht 2018 verbürgt ist, wo es heißt: „Wie bereits in den Vorjahren beteiligten sich IZH-Besucher und –Funktionäre bei der Unterstützung der auch 2017 in Berlin stattgefundenen israelfeindlichen Demonstration zum „Jerusalem-Tag“ (...) Am 23. Juni 2017 waren rund 80 Personen aus Hamburg und der Metropolregion an der an diesem Jahr von etwa 800 Demonstranten besuchten Veranstaltung in Berlin dabei, darunter mit Dr. Hamid Reza Torabi ein hochrangiger Funktionär aus dem IZH-Umfeld – bei dem es sich auch um den Direktor der IZH-Nebenorganisation „Islamische Akademie Deutschland“ (IAD) handelt – sowie weitere Anhänger des Milieus rund um die „Blaue Moschee“ an der Außenalster.“¹⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich beim IZH nach einhelliger Meinung von Bundesregierung und dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz um eine antidemokratisch-antisäkulare Institution handelt, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft die politische Agenda der Führung der Islamischen Republik Iran verwirklicht. Dabei verfolgt sie das Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung mittels einer islamischen Revolution zu beseitigen. Ferner ist das IZH darin bestrebt, seinen Einfluss auf Politik und Gesellschaft kontinuierlich auszudehnen. Dazu gebärdet es sich nach außen als gemäßigt und gibt vor, sich für die Wahrung der Menschenrechte sowie für Toleranz einzusetzen. Durch die Mitgliedschaft in islamischen Verbänden wie der SCHURA oder dem Zentralrat der Muslime soll diesem Streben der nötige Nachdruck verliehen werden, während die permanente Verwendung der interreligiösen Dialektik dazu dient, die Öffentlichkeit sowie Partner aus Politik und Gesellschaft über die wahren Absichten des IZH hinwegzutäuschen – die Etablierung einer theokratischen Gesellschaftsordnung nach iranischem Vorbild.

¹² Confer Schriftliche Anfrage im Bundestag. BT.-Drs. 18/13237. Seite 3.

¹³ Ibidem.

¹⁴ Confer Verfassungsschutzbericht 2017. Seite 56.

¹⁵ Confer Verfassungsschutzbericht 2018. Seiten 53 – 54.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, ein vereinsrechtliches Verbotsverfahren gegen den Verein „Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ einzuleiten und durchzuführen.
2. Der Senat möge der Bürgerschaft bis zum 31. März 2019 berichten.